VR-08-074 GRÜNE Strukturen auf dem Land stärken (V-53, V-71 geeint)

Antragsteller*in: Bundesfinanzrat
Beschlussdatum: 24.10.2024

Änderungsantrag zu VR-08

Von Zeile 73 bis 78:
unsere politische Arbeit vor Ort stellen. Denn eine wirksame und nachhaltige politische Arbeit ist nur über die Einführung und Schaffung von mehr hauptamtlichen Stellen möglich, die die Kreisverbände unterstützen ~~oder noch besser, direkt vor Ort angesiedelt werden~~. Zusätzlich braucht es konsequente Professionalisierung und die Übernahme von spezifischen Aufgaben durch die Landesverbände: Bei Buchhaltung, Website, Materialorganisation und -verbreitung usw., damit sich die

Begründung

Der Bundesfinanzrat verfolgt das Ziel, die Parteifinanzen auf eine sichere Basis zu stellen. Dafür arbeiten die Mitglieder des Bundesfinanzrates, sowohl in unseren Landesverbänden als auch gemeinsam in diesem Gremium. Auch die Antragstellenden schließen sich mit ihrer Ausführung diesem Ziel an.

Bereits Anfang 2024 hat sich der Bundesfinanzrat deshalb mit breiter Zustimmung darauf verständigt, den Verteilungsschlüssel für die Finanzierung unserer gesamten Partei zu evaluieren. Wir möchten dies in einem gut gesteuerten Prozess durchführen, um Planungssicherheit für die Partei zu garantieren. Dafür werden wir in einem ersten Schritt gemeinsam mit unseren Gliederungen die jeweils zu übernehmenden Aufgaben identifizieren. Im Anschluss werden wir dafür ein tragfähiges Finanzierungsmodell erarbeiten. Die von den Antragstellenden angesprochenen Kriterien fließen bereits jetzt größtenteils in den bestehenden Verteilungsschlüssel ein und werden in dem geplanten Prozess ebenfalls betrachtet.

Die Antragstellenden möchten bis zur nächsten Bundesdelegiertenkonferenz einen neuen Verteilungsschlüssel erarbeiten lassen. Im kommenden Jahr steht jedoch die Bundestagswahl an, die eine hohe gesellschaftliche Relevanz hat. Alle Gliederungen unserer Partei werden mit Herzblut und großem Engagement ihr Bestes geben, um einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Als Bundesfinanzrat halten wir den von den Antragstellenden vorgeschlagenen Zeithorizont für unverantwortlich. Er würde die Partei im kommenden Wahlkampf lähmen und ihr den Fokus auf die Bundestagswahl unmöglich machen.